



FLÜCHTLINGE IN HAMBURG

UNTERBRINGUNG UND INTEGRATION

Nach wie vor kommen jeden Monat tausende Flüchtlinge in Deutschland an. Laut Königsteiner-Verteilungsschlüssel ist Hamburg dazu verpflichtet, 2,5 Prozent der Schutzsuchenden aufzunehmen. Das ist für Hamburg eine enorme Herausforderung, da das Platzangebot zur Unterbringung von Flüchtlingen in einem Stadtstaat, im Gegensatz zu Flächenländern, sehr begrenzt ist. Eine Neuordnung der Verteilung von Flüchtlingen auf Bundesebene, die gerade auch diesen Faktor berücksichtigt, wäre gerechter, ist aber kurzfristig nicht realistisch. Deshalb müssen wir mit den aktuellen Gegebenheiten und unverändert hohen Flüchtlingszahlen umgehen. Für Hamburg bedeutet das konkret: Um weitere Flüchtlinge aufnehmen und provisorische Unterkünfte wieder schließen zu können, müssen wir bis Ende 2016 voraussichtlich weitere 40.000 Plätze in Erstaufnahme und Folgeunterbringung schaffen.

Wir bringen die Flüchtlinge in Hamburg **dezentral** an 125 Standorten unter. Weitere Standorte werden folgen. Da es nur gemeinsam gelingen kann, diese Aufgabe zu schultern, bitten wir die Hamburgerinnen und Hamburger um ihr Verständnis und ihre Unterstützung bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in der Nachbarschaft.

Wir planen langfristig. Auch der Wohnungsbau muss dem verstärkten Zuzug angepasst werden. Der geplante „Express-Wohnungsbau“ ermöglicht es uns, in kurzer Zeit 5.600 Wohnungen im Sozialwohnungsstandard zu bauen, die wir dringend brauchen. Damit schaffen wir ein echtes Plus zu unserem regulären Wohnungsbauprogramm. Wichtig: Die Wohnungen werden in einer ersten Phase als Flüchtlingsunterkünfte genutzt. In einem zweiten Schritt wird der Wohnraum allen Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen. Das bedeutet auch, dass wir gut die Hälfte aller neuen Plätze 2016 in Festbauten schaffen. Denn auf Dauer sind die Provisorien in Zelten, Baumärkten, Containern und Lagerhallen weder für die Flüchtlinge, noch für die Anwohner vertretbar.

Natürlich reicht es nicht aus, die Flüchtlinge nur unterzubringen. Werte- und Normenvermittlung muss bereits in der Erstaufnahme stattfinden. Außerdem wollen wir die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bei der **Integration in unsere Gesellschaft** unterstützen und ihnen ermöglichen, ihre Chancen hier zu nutzen. Dazu gehört es, ihnen den Spracherwerb, Kita- und Schulbesuch sowie den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen.

Fakt ist auch, dass nicht alle Menschen in Deutschland bleiben können. Wir gehen davon aus, dass die **Rückführungen** in diesem Jahr weiter deutlich zunehmen werden. Dafür haben wir bereits Maßnahmen eingeleitet wie die Verdreifachung der Rückführungsabteilung, die Stärkung des Verwaltungsgerichts, den Ausbau der freiwilligen Ausreise und die Schaffung eines Ausreisegewahrsams.